

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der CDU**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/9744**

**Von Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut (CDU) laut Verwaltungsgerichtshof rechtswidrig geforderte Rückzahlungen von Coronasoforthilfen: Ausmaß der Schadenssumme für Unternehmen und Selbstständige in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9744 – um folgenden Abschnitt II zu ergänzen:

„II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. das Vertrauen der Unternehmen zu stärken, indem die Umsetzung der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim vom 9. Oktober 2025 schnell, transparent und rechtssicher erfolgt – mit dem Ziel, die berechtigten Ansprüche der betroffenen Betriebe zügig zu klären;
2. eine faire und praktikable Lösung zu schaffen, die sicherstellt, dass unrechtmäßige Rückforderungen korrigiert werden, ohne neue bürokratische Hürden aufzubauen;
3. mit dem anstehenden Nachtragshaushalt zum Staatshaushaltsplan 2025/2026 die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Fälle rückabgewickelt werden können, in denen es rechtlich geboten oder möglich ist;
4. sich beim SPD-geführten Bundesfinanzministerium dafür einzusetzen, dass für diese Rückabwicklung neben den Landesmitteln auch die entsprechenden Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden;
5. aus dem Verfahren Lehren für die Zukunft zu ziehen, um Förderprogramme künftig so zu gestalten, dass sie Krisenhilfe, Rechtssicherheit und Verwaltungsvereinfachung besser miteinander verbinden und die Verlässlichkeit staatlichen Handelns dauerhaft stärken.“

12.11.2025

Andreas Schwarz  
und Fraktion

Hagel  
und Fraktion

Eingegangen: 12.11.2025 / Ausgegeben: 12.11.2025

**1**

**Begründung**

Die ersten Coronasoforthilfen des Landes wurden in einer außergewöhnlichen Krisensituation geschaffen, um Unternehmen und Selbstständige schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Die nun vorliegenden Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim machen eine rechtssichere und transparente Aufarbeitung notwendig. Die Koalition steht für Verlässlichkeit – Wirtschafts- und Finanzministerium müssen jetzt rasch eine gute Lösung für die Betroffenen finden.